

Kontrollverlust



Lisa-Maria Röhling
über gefährliche Elektrofahrräder

Als „Fahren mit Rückenwind“ beschreiben Informationsbroschüren den Ritt auf einem Pedelec. Wer sein Leben lang auf einem normalen Fahrrad saß, wird wohl bei seiner ersten Pedelec-Fahrt eher mit einem Sturm im Rücken unterwegs sein. Denn hier treffen zwei Gefahrenquellen aufeinander: Mensch und Technik. Es ist also mehr Vorsicht als gewohnt geboten. Sonst droht für die Fahrer der Kontrollverlust am Lenker.

Allerdings ist auch die Gesetzeslage zu den Elektroräder denkbar unklar. Zulassungspflichten gibt es zwar für die schnellen Modelle – aber auch Wege daran vorbei gibt es viele. Dabei ist über die Zulassung eine Garantie für die Verkehrstauglichkeit der Elektroräder möglich.

Solche Mindestanforderungen sollte es bei allen Fahrzeugen geben, die nicht allein durch Muskelkraft vorankommen, unabhängig von ihrer Geschwindigkeit. Denn überall, wo ein Motor die Beschleunigung und die Bremsung beeinflusst, hilft die reine Vorsicht wirklich herzlich wenig. Wenn dann die Gefahrenquelle Technik den Menschen schlichtweg überrumpelt, hat das fatale Folgen. Und dann droht für die Behörden der Kontrollverlust im gesamten Straßenverkehr. Bericht Seite 1 lisa-maria.roehling@weser-kurier.de



Mario Lars

Abgespeist



Elke Gundel
über die Arroganz der Macht

Die Bürger wählen die Bremische Bürgerschaft, die Abgeordneten kontrollieren den Senat, und der steuert die Verwaltung. So ist parlamentarische Demokratie aufgebaut: von unten nach oben, alle Macht geht vom Volk aus.

Tatsächlich ist es umgekehrt. Wissen ist Macht. Das geballte Wissen sitzt in der Verwaltung, ihren Fachbehörden und -abteilungen. Die Machtbasis der Abgeordneten dagegen ist schmal: ein winziger wissenschaftlicher Dienst der Bürgerschaft und ein paar Mitarbeiter der Fraktionen. Geteilt wird das Herrschaftswissen aus der Verwaltung höchstens mit Regierungsfaktionen. Wenn dagegen Oppositions-Abgeordnete wie Jan Timke (BIW) per Anfrage an die Regierung ihren Kontrollauftrag erfüllen wollen, werden sie mit Antworten abgespeist, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen: mit Ja, Nein und einem Hinweis auf ein paar Paragrafen.

Wer Antworten gibt wie der Senat im Herbst 2014, der zeigt, dass er keine Auskunft geben will. Dass er das Parlament nicht nur nicht achtet, sondern geradezu verachtet. Diese Arroganz der Macht ist beschämend. Wer sich so verhält, darf sich über Politikverdrossenheit nicht wundern. Bericht Seite 10 elke.gundel@weser-kurier.de



Norbert Mappes-Niediek
über Österreichs Außenminister Kurz

Deinreich, scheinbar tatkräftig: Mit deutlichen Worten hat sich Österreichs junger Außenminister Sebastian Kurz auch in Deutschland Freunde gemacht. So jetzt wieder im „Spiegel“-Interview zum Jahreswechsel: „Ländern, die nicht bereit sind, ihre Staatsbürger zurückzunehmen“, schlug Kurz vor, „müssen die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit gekürzt werden.“

Ein neuer Vorstoß? Weit gefehlt: Mit Österreichs Außenpolitik hat der Gedanke nichts zu tun. Der Minister betätigt sich vielmehr als ungeladener Berater für andere westliche Regierungen. In die afrikanischen Länder, auf die der Vorschlag gemünzt war, fließt aus Österreich nämlich kein Cent. Das Welt-Ökologisierungsprogramm kriegt aus Österreich im Jahr ganze 6,6 Millionen Euro. Aus dem zehnmal größeren Deutschland kommt das 140-fache. Damit nicht genug: Als „Entwicklungs-zusammenarbeit“ wird in Wien auch gerechnet, was die Regierung für die Flüchtlingshilfe im eigenen Land und sogar Ausgaben für ausländische Studenten ausgibt – gern auch aus Bosnien oder Serbien, Ländern, in denen Österreich massive wirtschaftliche Interessen hat. „Phantomhilfe“ nennt das Annelies Vilim vom Dachverband der Entwicklungshilfe-Organisationen in Wien: „So wird Österreich zum größten Empfängerland seiner eigenen Entwicklungsgelder.“

In der Flüchtlingsfrage punktet der smarte Kurz mit einer plausiblen Forderung. „Wir“, so der Minister, müssten bedeutend mehr Hilfe vor Ort

Großer Mund, kleines Portemonnaie

leisten“. So könnten „wir“ die Einwanderung „auf ein bewältigbares Maß begrenzen“.

Wer immer mit dem Wir gemeint ist: Die Österreicher können es nicht sein. Im Jahr des stärksten Andrangs aus dem Nahen und Mittleren Osten zahlte das prosperierende EU-Land gerade etwas mehr als vier Millionen Euro an das Uno-Flüchtlingshilfswerk – nicht einmal halb so viel wie Luxemburg. Dafür hat Kurz aber für den UNHCR eine ganze Reihe von Ideen im Gepäck – zum Beispiel die Bearbeitung von Asylanträgen in afrikanischen Auffanglagern. Von „Schlawinerpolitik“ spricht der Wiener Politologe Helmut Kramer

Zur Annexion der Krim verlor Kurz kein Wort.

und zitiert einen ausländischen Diplomaten: „Großes Herz, offener Mund, verschlossenes Portemonnaie.“

Seit dem 1. Januar ist der Ideenfabrikant als Nachfolger von Frank-Walter Steinmeier Vorsitzender der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Schon beim letzten Ministerrat im Dezember in Hamburg gingen bei Kurz' erstem Statement unter den westlichen Diplomaten die Augenbrauen hoch.

Über die Annexion der Krim verlor Kurz kein Wort; Menschenrechte und Demokratie fanden gerade in einem Halbsatz Platz. Bei der Vorstellung seiner Schwerpunkte in Wien sprach der Österreicher wieder – ganz nach dem Geschmack der russischen Diplomatie – ausführlich über die politisch-

militärische Dimension der Organisation. Wieder schwieg Kurz zur Krim, deren Anschluss an Russland die OSZE bis heute spaltet. Die OSZE-Themen Demokratie und Menschenrechte kamen nur in allgemeiner Form vor. Dafür wettert der medienaffine Chefdiplomat in markigen Worten gegen „Radikalisierung und Terrorismus“.

Am Schwerpunkt „Kampf gegen den Terrorismus“ hat Moskau zwar Freude. Die reine Konzentration auf eine Bedrohung „von außen“ geht aber am Charakter der Organisation vorbei: Als System der „kollektiven Sicherheit“ soll die OSZE beide Seiten eines Konflikts umfassen – und deren Differenzen beilegen. Dazu zählen auch zahlreiche Verstöße gegen demokratische Prinzipien, die seit der Gründungskonferenz in Helsinki 1975 festgesetzt sind und später ausgebaut wurden – ein Thema, über das Mitglieder wie Russland oder Usbekistan ungern sprechen.

Spricht Kurz von Demokratie und Menschenrechten, ist stets nur von einem Land die Rede: der Türkei, Österreichs traditionellem Lieblingsfeind. Im Dezember drohte der Österreicher mit einer Blockade des EU-Ministerrats, damit die EU-Beitrittsgespräche mit Ankara eingefroren würden. Keine drei Wochen vorher aber war Kurz in Skopje als Wahlkämpfer für den mazedonischen Autokraten Nikola Gruevski aufgetreten.

Ungemach droht dem Österreicher in der OSZE auch von Westen. Schon Steinmeiers Bemühungen, den Dialog mit Russland aufrecht zu halten, wurden in Washington, in London, Stockholm und im Baltikum mit Argwohn verfolgt. Mehr Nähe zu Russland, als die Deutschen sie zeigten, kann Kurz sich erst recht nicht erlauben. Schöne Reden dürften dabei wenig helfen.

politik@weser-kurier.de

Der Tagesspiegel

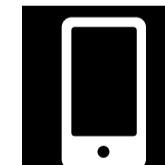
zu VW: „Martin Winterkorn – und nicht zu vergessen: Ferdinand Piëch – tragen Verantwortung für ein VW-System, in dem sich kriminelle Energie derart entladen konnte. Ihr autoritärer Führungsstil, ihr Größenwahn und ihr Glaube an die Allmacht der Ingenieure haben Dieselsgate möglich gemacht. Dieselsgate war aber auch aus einem anderen Grund möglich: Die Autobosse konnten und können sich sicher sein, es mit wohlwollenden Gesetzgebern und Industriepolitikern zu tun zu haben. Zumal in Deutschland und in Europa. Dass Volkswagen glaubte, auch die schärferen US-Gesetze umgehen zu können, zeugt von der Wolfsburger Hybris.“

Rhein-Zeitung

zur CDU-Klausur: „Im Wahlkampf wird die CDU von den Fragen nach innerer Sicherheit und Integration mit Macht eingeholt werden. Angesichts der erdrückenden Dominanz dieser Themen drohen sogar Steuerentlastungsversprechen zu verpuffen, zumal sie bei Schäuble mit der Hintertür verbunden sind, dass den Entlastungen neue Steuererhöhungen gegenüberstehen könnten. Es wird auch vor dem Hintergrund der aufgeheizten Stimmung im Land schwierig werden, mit der klassischen Wahlkampfstrategie, dem Auflisten vergangener Erfolge und Wohlstandsversprechen für die Zukunft, zu den Wählern durchzudringen.“

KORREKTUR

Jutta Cordt, die neue Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, hat den bisherigen Leiter Frank-Jürgen Weise bereits zum 1. Januar abgelöst. In unserer Freitagausgabe war als Termin irrtümlich der 1. Februar angegeben.

 Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER-KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG

Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsleitende Redakteure: Alexandra-Katharina Kütemeyer, Christian Wagner

Chefredakteur: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner

Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Marc Hagedorn

Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Bernhard Komesker (beide Zentralredaktion)

Leiter Sonderthemen: Stefan Damann · Art-Direktor: Franz Berding · Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)

Büro Hannover: Peter Miodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenanteil verantwortlich: David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Djurken

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:

montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 0421/36710 · Telefax: 0421/367100

Abonnenten-Service: Telefon: 0421/36716677 · Telefax: 0421/36711020

E-Mail: abonnementservice@weser-kurier.de
abonnementservice@bremer-nachrichten.de

Nachlese-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800/3671222*

*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: Telefon: 0421/36710 · Telefax: 0421/367100

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 0421/3671655

Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)

Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Birgit Menz

über die Operation „Atlantic Resolve“

Es war ein gleichnishafter Tag, dieser erste Samstag des Jahres. Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und spiegelglattem Untergrund demonstrierten rund 400 Teilnehmer in Bremerhaven gegen Truppenverlegungen an die russische Grenze und die Neuauflage eines Kalten Krieges mit Moskau.

Zu Beginn des Jahres 1990 bewegte eine ganz andere Frage Deutschland und die Welt. Dürfen sich die beiden Deutschland wieder vereinen? Das Dilemma: Die USA machten ihre Zustimmung davon abhängig, dass auch ein vereinigtes Deutschland Nato-Mitglied wäre, die Sowjetunion hingegen wollte dies nur

einem neutralen Deutschland zugestehen.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher verfolgten die Strategie, die Haltung des Kreml aufzubrechen. In einer Grundsatzrede in Tützing erklärte Genscher am 31. Januar: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben.“ Er ergänzte, das Gebiet der DDR solle nicht in die militärischen Strukturen der Nato einbezogen werden.

Am 9. Februar traf US-Außenminister James Baker in Moskau mit Michail Gorbatschow und Außenminister Eduard Schewardnadse zusammen. Baker stellte sich im Katharinensaal im Kreml hinter Genschers „Tützinger Formel“ und versicherte anhand „eisenfester Garantien“, dass „weder die Jurisdiktion noch die Streitkräfte der Nato nach Osten

verschoben würden“, wenn Moskau mit der Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands einverstanden sei.

Tags darauf stimmte Gorbatschow der Wiedervereinigung Deutschlands zu und zog später 340 000 Soldaten friedlich aus der DDR ab. Am 17. Mai 1990 bekräftigte Nato-Generalsekretär Manfred Wörner bei einer Rede im Bremer Tabak-Collegium, „die Tatsache, dass wir bereit sind, keine Nato-Truppen hinter das Gebiet der Bundesrepublik zu entsenden, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien“.

2017 gibt es zwölf neue Nato-Mitglieder „hinter dem Gebiet der Bundesrepublik“. Nato-Staaten führen Kriege rund um das Mittelmeer, ohne UN-Mandat und entgegen der Charta der UN. Jetzt verlegt die Nato Truppen und schweres Material an die Grenzen Russlands.

Wie viel Fantasie gehört dazu, um zu erkennen, dass dies in Moskau als

Kriegsvorbereitung interpretiert wird? Man muss dazu kein Anhänger Putins sein, es braucht nur gesunden Menschenverstand. Dass es auch anders gehen kann, haben Willy Brandt und Egon Bahr vorgemacht. Nur Kooperation, nicht Konfrontation mit Russland, bietet Sicherheit und bewahrt den Frieden in Europa.



Unsere Gastautorin ist seit März 2015 eine von sechs Bremer Bundestagsabgeordneten. Die 54-Jährige ist Mitglied der Partei Die Linke.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.